



NIEDERSCHRIFT Nr. 04/2011

Sitzung der Ratsversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 23.06.2011
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal, Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Bürgermeisterin Natalina Boenigk - CDU

Mitglieder

Ratsherr Bernd Hinrichs - CDU
Ratsherr Olaf Bengsch - SPD ab Pkt. 9)
Ratsherr Jürgen Brandt - CDU
Ratsherr Peter Bublitz - CDU
Ratsfrau Ulrike Bues - GAL & Unabhängige
Ratsherr Hermann Bührich - GAL & Unabhängige
Ratsherr Dietrich Drechsler - CDU
Ratsherr Joachim Dreher - GAL & Unabhängige
Ratsherr Martin Engel - FDP
Ratsherr Torsten Hauwetter - CDU
Ratsfrau Helga Kock - SPD
Ratsherr Michael Lorenz - CDU
Ratsherr Reinhard Matthies - SPD
Ratsherr Werner Mende - FDP
Ratsherr Marcus Ohlmeier - SPD
Ratsfrau Ilse Ohrt - CDU
Ratsfrau Claudia Patt - GAL & Unabhängige
Ratsherr Kurt Patzke - CDU
Ratsherr Bernd Pieper - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsfrau Silke Riebensahm - CDU
Ratsherr Ralf Rogall - DIE BÜRGERNAHEN

Ratsfrau Bärbel Schultz - SPD
Erster Stadtrat Klaus Seyfert - CDU
Ratsherr Manfred Stache - GAL & Unabhängige
Ratsherr Gerhard Thomssen - SPD
Ratsfrau Angela Traboldt - SPD

Beiratsmitglieder

Herr Claus-Dieter Westphal - Seniorenbeirat
Herr Jannik Thiel - Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Frau Kristin Alheit - Bürgermeisterin
Herr Klaus-Peter Günther - Leiter FD Allgem. Verw.
Herr Michael Hauser - Leiter FB II
Herr Stefan Krappa - Wirtschaftsförderung
Frau Traudchen Perrefort - Leiterin FB IV
Herr Klaus Stieghorst - Leiter FB III
Herr Michael Scheer - Protokollführung

Fehlende Mitglieder

Ratsfrau Gabriela Matthies - SPD
Ratsherr Jörg Breitsprecher - SPD
Ratsherr Olaf Etzrodt - FDP
Ratsfrau Anja Hißnauer - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Herbert Hoffmann - SPD
Ratsherr Uwe Lange - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Kai Sibbert - CDU
Ratsherr Dieter Tietz - SPD

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011
4. Bekanntgabe eines in der Ratsversammlung am 07.04.2011 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
5. Bericht der Verwaltung
6. Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

7. Wahlen in Ausschüsse
Drucksache: 11/138/1
8. - abgesetzt -
9. Einführung eines Stadtmarketings/Citymanagements für die Stadt Pinneberg
Drucksache: 11/005
10. Innenstadterweiterung: Grundsatzentscheidung über das Entwicklungskonzept
Drucksache: 11/121
11. Antrag des Vereins Kindertagesstätte Waldstraße e. V. auf befristete Fortsetzung der Elementargruppe am Standort des Schulzentrums Nord (ehemals Georg-Kerschensteiner-Schule)
Drucksache: 11/057
12. Anwendung des Sozialtarifs auf die Betreuungsgruppen freier Träger; Höchstbemessungsgrenze
Drucksache: 11/067
13. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes; Förderung der Mittagessenverpflegung in den Kindertagesstätten
Drucksache: 11/146
14. XVI. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätte der Stadt Pinneberg
Drucksache: 11/151
15. Haushaltsunterlage-Bau
Beratung in den Gremien
Drucksache: 11/021
16. Einziehung eines öffentlichen Weges (Flurstück 168, Flur 16, Gemarkung Pinneberg) zwischen Haidberg und Haidloh
Drucksache: 11/129
17. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zwischen der Stadt Pinneberg und dem Kreis Pinneberg zur Bereitstellung der Service-Center-Dienstleistungen der einheitlichen Behördenrufnummer 115 durch das Servicecenter des Kreises Pinneberg
Drucksache: 11/125
18. Beratungszuständigkeit des Haushaltes ab dem Haushaltsjahr 2012
Drucksache: 11/118
19. Antrag der GAL & Unabhängigen zur Erstellung des Haushaltsentwurfes 2012
Antrag: 11/143
20. Antrag der GAL & Unabhängigen zur Erstellung des Haushaltes 2012
Antrag: 11/144
21. Antrag der GAL & Unabhängigen zum Thema Verwendung der Gewerbesteuererinnahmen
Antrag: 11/145
22. Mitteilung
- 22.1. Entscheidungsverfahren G 8 / G 9; Genehmigung von G 8
Drucksache: 11/045/1
23. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011

24. Mitteilung

24.1. Beteiligungsbericht der Stadt Pinneberg 2011 (Geschäftsjahr 2009)
Drucksache: 11/116

Es wird in die Sitzung eingetreten und folgendes verhandelt:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung der Ratsversammlung ehrt die Vorsitzende zunächst Ratsherrn Dreher für seine fünfzehnjährige Mitgliedschaft in der Ratsversammlung der Stadt Pinneberg. Er erhält eine Urkunde und ein Präsent.

Die Vorsitzende eröffnet danach die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Gegen diese und ihre weitere Feststellung, dass die Einladung nebst Tagesordnung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist, werden keine Einwendungen erhoben.

Bürgermeisterin Alheit erklärt sodann, dass die Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 8) „Schülerbeförderung; Anerkennung von Schülerbeförderungskosten innerhalb der Stadt Pinneberg“ die Vorlage DS-Nr. 11/130 aufgrund der Ablehnung deren Beschlussvorschlags in der Sitzung des Schulausschusses am 07.06.2011 zurückziehe. Nach den Sommerferien 2011 werde die Verwaltung den zuständigen Gremien in der Sache eine neue Vorlage unterbreiten.

Die Ratsversammlung beschließt daraufhin

einstimmig,

den Punkt 8) von der Tagesordnung abzusetzen.

Über den Vorschlag der Vorsitzenden, die für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehenen Tagesordnungspunkte 23) und 24.1) in öffentlicher Sitzung zu behandeln, sofern keine dem Datenschutz unterliegenden personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse erörtert werden sollen, besteht Einvernehmen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011

Gegen die Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011 werden keine Einwendungen erhoben.

**zu 4 Bekanntgabe eines in der Ratsversammlung am 07.04.2011
in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses**

Die Vorsitzende führt aus, dass die Ratsversammlung am 07.04.2011 in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen habe, dass die Stadt ein ihr aus einem Kaufvertrag zustehendes Vorkaufsrecht für ein Grundstück nicht ausübt.

zu 5 Bericht der Verwaltung

a) Straßenwinterschäden

Bürgermeisterin Alheit berichtet der Ratsversammlung, dass die Stadt für die Beseitigung von Straßenwinterschäden aus dem entsprechenden Förderprogramm des Landes Schleswig-Holstein 236.500 € bewilligt bekommen habe.

b) 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011

Bürgermeisterin Alheit führt aus, dass die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zwischenzeitlich mit der Auflage genehmigt worden sei, den Bereich der Verpflichtungsermächtigungen um 800.000 € zu kürzen.

c) Westumgehung

Bürgermeisterin Alheit unterrichtet die Ratsversammlung, dass das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht über die gegen den Planfeststellungsbeschluss der Westumgehung anhängigen Klagen im November/Dezember 2011 erstinstanzlich entscheiden wolle.

zu 6 Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Herr Thiel berichtet der Ratsversammlung, dass am 28.06.2011 die konstituierende Sitzung des am 17.06.2011 neu gewählten Kinder- und Jugendbeirates stattfinden werde. Die Wahl des neuen Vorstandes werde allerdings erst in der ersten Sitzung nach der Sommerpause 2011 erfolgen.

Herr Thiel führt zudem aus, dass der Kinder- und Jugendbeirat sich am 01.07.2011 am Ferienaauftaktfest unter der Hochbrücke beteiligen werde.

Die Vorsitzende weist sodann darauf hin, dass die konstituierende Sitzung des am 01.06.2011 neu gewählten Seniorenbeirates am 29.06.2011 stattfinden werde.

Ratsherr Hauwetter kommt auf die von Herrn Thiel in der Ratsversammlung am 07.04.2011 aufgeworfene Frage, ob in Pinneberg eine Zunahme der Aktivitäten der rechten Szene festzustellen sei, zurück. Dies habe die Pinneberger Polizeirevierleitung in der Sitzung des Hauptausschusses als Polizeibeirat am 13.04.2011 verneint.

zu 7 Wahlen in Ausschüsse

11/138/1

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 22.06.2011 gemäß der Vorlage DS-Nr. 11/138/1 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung wählt für aus verschiedenen Ausschüssen ausgeschiedene stellvertretende Mitglieder folgende stellvertretende Mitglieder:

auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Ausschuss	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
Schulausschuss	stellv. bgl. Mitglied/ stellv. Mitglied	Frau Frederike Castan- Oelting	Ratsherr Bernd Hinrichs
A. Soziales, Kinder, Senioren	stellv. bgl. Mitglied	Herr Jürgen Jacob	Herr Rainer Horn Hätschenkamp 53

auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

Ausschuss	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	ausgeschieden	gewählt
A. Soziales, Kinder, Senioren	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	Ratsherr Jörg Breitsprecher	Frau Nadine Haartje Oeltingsallee 36“

Die Wahl durch Handzeichen gemäß § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung ergibt jeweils

26 Ja-Stimmen

für die unterbreiteten Wahlvorschläge.

zu 8 - abgesetzt -

zu 9 Einführung eines Stadtmarketings/Citymanagements für die Stadt Pinneberg 11/005

Die Vorsitzende weist zunächst auf die in dieser Angelegenheit gleichlautende, vom Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/005 abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 10.05.2011 und des Hauptausschusses vom 25.05.2011 hin. Zudem liegt in der Sache der nachstehend aufgeführte Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2011 vor:

„5. Nach erfolgter Gründungsentscheidung ist das Berichtswesen (Beteiligungsbericht) um die Einrichtung Stadtmarketing/Citymanagement zu ergänzen.

Drei Jahre nach Gründungsentscheidung ist die Wirksamkeit des Stadtmarketings/Citymanagements umfassend unter Einbezug von Benchmarking zu überprüfen.

Mitte 2013 ist ein Zwischenbericht zu geben, um eventuell notwendige Korrekturen bereits zu diesem Zeitpunkt zu veranlassen:

- **Messbare Ergebnisse z. B. Verringerung der Leerstandsquote in der Innenstadt, Anzahl neu angesiedelter Einzelhandelsgeschäfte.**
- **Qualitative Aspekte (besserer Branchenmix, Öffnungszeiten, Attraktivität des Angebots).**
- **Organisationsform, Einbindung in die Verwaltung, Zusammenarbeit mit anderen, besonders Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsgemeinschaft.“**

Die Angelegenheit wird erörtert.

Ratsherr Lorenz erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass diese der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung und des Hauptausschuss unter Berücksichtigung ihres Ergänzungsantrages zustimmen werde. Als Begründung führt er an, dass die derzeit unter den Geschäftsleuten, Immobilienbesitzern, Parteien und Privatpersonen bestehende immense Aufbruchsstimmung genutzt werden müsse, nach einer über 10 Jahre andauernden Diskussion jetzt endlich den seit langem bestehenden Handlungsbedarf bezüglich der von den Bürgern und Kaufleuten oft bemängelten Attraktivität der Pinneberger Innenstadt – Angebot, Öffnungszeiten, Parken etc. – anzugehen. Die SPD-Fraktion bitte er, sich heute nicht ihrer Stimmen zu enthalten und der Angelegenheit zuzustimmen. Letztlich werde nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht die Struktur, bei der die SPD-Fraktion gegenüber der Vereins- die GmbH-Lösung bevorzuge, über den Erfolg des künftigen Stadtmarketings/Citymanagements entscheiden, sondern die Auswahl der Stadtmanagerin/des Stadtmanagers. Ratsherr Lorenz erläutert sodann den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion. Da die Angelegenheit zusätzliches Personal und Geld erfordere, halte seine Fraktion eine Überprüfung der Wirksamkeit des Stadtmarketings/Citymanagements nach einen Zeitraum von drei Jahren für gerechtfertigt. Dieser Überprüfung solle dann auch die Organisationsform unterliegen.

Ratsherr Thomssen führt aus, dass die SPD-Fraktion der Angelegenheit nicht im Wege stehen wolle und deshalb heute sowohl der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung und des Hauptausschusses als auch dem CDU-Ergänzungsantrag zustimmen werde. Gleichwohl halte seine Fraktion hinsichtlich der Struktur die GmbH-Lösung, bei der schneller und flexibler gearbeitet werden könne, nachwievor für besser.

Ratsherr Stache trägt vor, dass auch die Fraktion der GAL & Unabhängigen der Beschlussempfehlung der Ausschüsse zustimmen werde. Da derzeit niemand mit Gewissheit sagen könne, ob ein Verein die beste in Frage kommende Organisationsform sei, halte seine Fraktion den Vorschlag der CDU, u. a. auch diese nach einem gewissen Zeitraum zu überprüfen, für richtig.

Nach Ende der Erörterung stellt die Vorsitzende zunächst den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Ergänzungsantrag wird angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

Sodann fasst die Ratsversammlung aufgrund der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 10.05.2011 und des Hauptausschusses vom 25.05.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/005 unterbreiteten und in den Sitzungen der beiden Ausschüsse jeweils geänderten Vorschlag sowie unter Berücksichtigung des angenommenen Ergänzungsantrages der CDU-Fraktion den nachstehend aufgeführten Beschluss:

- „1. In Fortführung des Beschlusses vom 06.05.2010 zu Vorlage DS 10/010 beschließt die Ratsversammlung den Aufbau eines selbständig geführten Stadtmarketings/Citymanagements in der Stadt Pinneberg.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses beschließt die Ratsversammlung grundsätzlich die Gründung eines eingetragenen Vereins, an dem sich die Stadt Pinneberg als Gründungsmitglied beteiligt und um weitere Partnerinnen und Partner als Mitglieder wirbt.

2. Dem Verein werden insbesondere die folgenden Aufgaben zur selbständigen Erledigung gemäß dem in der Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 11/005 beigefügten Businessplan übertragen:
- a) Entwicklung/Förderung eines Images der Stadt Pinneberg einschließlich Markenbildung, Bewerben der Stadt und Öffentlichkeitsarbeit;
 - b) Entwicklung/Förderung von Aktivitäten und Projekten zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt (z.B. einheitliche Ladenöffnungszeiten); Vernetzung der Akteure aus Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik und Verwaltung;
 - c) Veranstaltungsmanagement;
 - d) Leerstandsmanagement in der Innenstadt – dies unter Aufgabe des Beschlusses der Ratsversammlung vom 06.05.2010 zu Vorlage DS 10/010.
3. Aufgaben des Stadtmarketing/Citymanagements, die heute von der Stadt Pinneberg ausgeführt werden, werden von dieser in Zukunft weitestgehend nicht mehr wahrgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der vorstehenden Beschlüsse vorzubereiten und den städtischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Dies betrifft insbesondere die endgültige Gründungsentscheidung, den Entwurf einer Vereinssatzung sowie einen genaueren Finanzierungsplan.

5. Nach erfolgter Gründungsentscheidung ist das Berichtswesen (Beteiligungsbericht) um die Einrichtung Stadtmarketing/Citymanagement zu ergänzen.

Drei Jahre nach Gründungsentscheidung ist die Wirksamkeit des Stadtmarketings/Citymanagements umfassend unter Einbezug von Benchmarking zu überprüfen.

Mitte 2013 ist ein Zwischenbericht zu geben, um eventuell notwendige Korrekturen bereits zu diesem Zeitpunkt zu veranlassen:

- Messbare Ergebnisse z. B. Verringerung der Leerstandsquote in der Innenstadt, Anzahl neu angesiedelter Einzelhandelsgeschäfte.
- Qualitative Aspekte (besserer Branchenmix, Öffnungszeiten, Attraktivität des Angebots).
- Organisationsform, Einbindung in die Verwaltung, Zusammenarbeit mit anderen, besonders Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsgemeinschaft.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss Stadtentwicklung am 21.06.2011 gegenüber der Ratsversammlung eine Beschlussempfehlung gemäß dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/121 ausgesprochen habe.

Die Angelegenheit wird sodann erörtert.

Ratsherr Thomssen erläutert als Vorsitzender des Ausschusses Stadtentwicklung zunächst die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Dabei geht er insbesondere darauf ein, dass das bisherige Verfahren unter einer sehr umfangreichen Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Die dabei abgegebenen berücksichtigungsfähigen Anregungen hätten Eingang in die politische Debatte gefunden. Zudem habe der Ausschuss Stadtentwicklung am 21.06.2011 das notwendige Bauleitplanverfahren in die Wege geleitet, in dessen Zusammenhang es auch noch die erforderliche Bürgerbeteiligung geben werde.

Ratsherr Mende erklärt, dass die FDP-Fraktion der vorliegenden Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde. Die Stadt Pinneberg könne sich keines der vier vorgeschlagenen Konzepte für die vorgesehene Innenstadterweiterung leisten. Die FDP-Fraktion habe zudem bereits die den vier Planungsbüros gemachten Vorgaben für nicht optimal gehalten. Diese hätten auch nicht von vornherein von den Bürgerinnen und Bürgern beurteilt werden dürfen. Von einer breiten Bürgerbeteiligung könne keine Rede sein, wenn lediglich rd. 100 Bürgerinnen und Bürger an der interaktiven online-Beteiligung teilgenommen haben.

Ratsherr Bublitz geht darauf ein, dass mit Beschluss der Ratsversammlung vom 03.03.2011 vier Planungsbüros im Rahmen eines städtebaulichen Gutachterverfahrens aufgefordert worden seien, Vorschläge für die vorgesehene Innenstadterweiterung zu unterbreiten. Bezüglich des in den zuständigen Gremien zuvor ausgiebig erörterten umfangreichen Auslobungstextes habe die FDP-Fraktion ihre Vorstellungen nicht eingebracht. Heute nun solle entschieden werden, dass der Vorschlag des Planungsteams Planungsgruppe Elbberg/Trüper Gondesen Partner die Grundlage für die weitere Entwicklung sein solle. Da hinsichtlich der Realisierung des Projektes die Stadt auf Fördermittel aus dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, die bis Ende September 2011 beantragt werden müssen, angewiesen sei, müsse nunmehr mit der Bauleitplanung begonnen werden. Ratsherr Bublitz spricht sodann an, dass er in seiner bisherigen Zeit als Kommunalpolitiker bislang kein Projekt erlebt habe, bei dem eine so umfangreiche Bürgerbeteiligung stattgefunden habe wie bei diesem. Insofern sei entsprechende Kritik seitens der GAK & Unabhängigen sowie der FDP zurückzuweisen. Wenn Ratsherr Mende beklage, dass an der online-Beteiligung nur 100 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben, müsse er diese mit zum Beispiel in Hamburg durchgeführten ähnlichen Aktionen vergleichen, bei denen die jeweiligen Beteiligungen auf die Einwohnerzahl abgestellt wesentlich geringer ausgefallen seien. Abschließend geht Ratsherr Bublitz darauf ein, dass mit dem angestrebten Konzept eine deutliche Stärkung und Verbesserung der Innenstadtqualitäten eintreten werde. Zudem betone es die zentrale Funktion der Innenstadt und schaffe in ihr Raum für einen Lebensmittelmarkt, einen Elektronikfachmarkt, Fachhändler, neuen Büro- und Wohnraum sowie eine deutlich bessere Anbindung der Unteren Dingstätte. Das Projekt werde von Investoren, Grundstückseigentümern und Einzelhändlern begrüßt. Die CDU-Fraktion werde daher das Projekt auch weiterhin unterstützen und dem dafür heute weiteren notwendigen Schritt zustimmen.

Ratsherr Dreher führt aus, dass die Fraktion der GAL & Unabhängigen der in der Sache vorliegenden Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde. Als Begründung gibt er an, dass mit der Planung über die Friedrich-Ebert-Straße hinaus mit Marktplatzumfahrung der Versuch unternommen werde, eine neue Mitte zu schaffen, die für die Innenstadtentwicklung sehr große Probleme aufwerfen werde. So werde die Fußgängerzone Richtung Bahnhof-

straße hiervon nicht profitieren. Die Kostenschätzung für die Marktplatzumfahrung in Höhe von rd. 3,5 Mio. € enthalte nicht die notwendigen Leitungsverlegungen, die notwendige Anpassung der Ampeln sowie den Rückbau der Brücke der heutigen Friedrich-Ebert-Straße über die Pinnau. Hinzu komme, dass die Marktplatzumfahrung ohne die Westumgehung nicht zu realisieren sei. Durch die im Ausschuss Stadtentwicklung am 21.06.2011 mit den Stimmen der CDU und der SPD in die Wege geleitete Änderung des Flächennutzungsplans und der neuen Bebauungsplanung würden aber schon Fakten für deren Realisierung geschaffen. Gleiches gelte für eine Bebauung des Marktplatzes. Ratsherr Dreher geht danach darauf ein, dass nach Auffassung seiner Fraktion über die heute anstehende Grundsatzentscheidung erst dann beschlossen werden dürfe, wenn die von der Ratsversammlung bereits beschlossene Kostenschätzung vorliege. Stattdessen solle heute bereits das Planungsteam Planungsgruppe Elbberg/Trüper Gondesens Partner mit der weiteren Planung des Projektes beauftragt werden, wodurch weitere Kosten in Höhe von rd. 15.000 € entstehen werden. Ratsherr Dreher fordert sodann die SPD-Fraktion auf, sich bezüglich des Finanzierungsvorbehaltes, von dem sie bisher ihre Zustimmung zu diesem Projekt abhängig gemacht habe, konkret zu erklären, mit welcher Summe sich die Stadt an der Realisierung des Projektes beteiligen dürfe. Bezüglich der angeblichen umfangreichen Bürgerbeteiligung führt er aus, dass hiervon vieles reine Information gewesen sei. Die Vorgaben an die vier Planungsbüros seien einseitig erfolgt, es habe keine offene Planung gegeben. Hinsichtlich der Marktplatzumfahrung habe bislang überhaupt keine Bürgerbeteiligung stattgefunden. Aufgrund der vorgesehenen großen Veränderungen der Pinneberger Innenstadt bittet Ratsherr Dreher die Fraktion der CDU und der SPD im Hinblick auf eine echte Bürgerbeteiligung abschließend, sich in der Sommerpause 2011 mit einem Beschluss der Ratsversammlung für einen Bürgerentscheid auseinanderzusetzen. Einen entsprechenden Beschlussantrag seiner Fraktion nach der Sommerpause 2011 kündigt er an.

Ratsherr Engel erklärt, dass sich die Stadt eine Realisierung dieses Projektes finanziell nicht leisten können. Auch an die Findung eines Investors, der bereit sei, die Finanzierung zu übernehmen, glaube er nicht. Deshalb sei für ihn auch nicht nachvollziehbar, warum ohne Not die Verlegung der Friedrich-Ebert-Straße ins Spiel gebracht worden sei. Das damit verbundene Ziel, einen neuen Innenstadtmittelpunkt zu bauen, werde nicht zur Belebung der alten Innenstadt beitragen.

Ratsherr Thomssen führt aus, dass der Grundsatzbeschluss und die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zwingende Voraussetzungen dafür seien, belastbares Zahlenmaterial über die Gesamtkosten der Maßnahme, den von der Stadt zu erbringenden Eigenanteil, die Höhe eventueller Fördermittel, aber auch über den für Pinneberg zu erwartenden Mehrwert zu erlangen. Auch könne erst dann mit potentiellen Investoren, ohne die die Maßnahme nicht zu verwirklichen sein werde, über deren finanzielle Beteiligung verhandelt werden. Dies alles sei - auch im Sinne der möglichen Investoren - zeitnah notwendig. Erst dann könne aus Sicht der SPD-Fraktion endgültig darüber entschieden werden, ob sich die Stadt die vorgesehene Innenstadterweiterung auch tatsächlich leisten könne. Insoweit würden ihn die Stimmen, die schon jetzt behaupten, dass das Projekt für die Stadt zu teuer sei, verwundern.

Ratsherr Stache spricht sich zunächst dagegen aus, mit der Bauleitplanung zu beginnen. Diese sei nicht zwingende Voraussetzung für die Verhandlung mit potentiellen Investoren. Gespräche mit diesen würden schließlich auch schon jetzt geführt. Ein aufgestellter Bebauungsplan werde aber unabhängig davon, ob die Friedrich-Ebert-Straße verlegt werde oder nicht, die Bebauung des Marktplatzes ermöglichen. Eine grobe Kostenschätzung für das Projekt könne zudem schon jetzt vorgenommen werden, um gegebenenfalls auf eine weitere Planung zu verzichten. Bezüglich der Steigerung der Innenstadttattraktivität hätte man im Übrigen schon viel weiter sein können, wenn dem Vorschlag der GAL & Unabhängigen, der FDP und den BÜRGERNAHEN von vor rd. einem Jahr, die Friedrich-Ebert-Straße als nördliche Grenze der Innenstadt zu nehmen, gefolgt und sofort damit begonnen worden wäre, die Fläche südlich dieser Straße zu entwickeln. Diesem Vorschlag habe doch auch die CDU ursprünglich positiv gegenübergestanden. Jetzt drohe auch für diesen Teil ein immen-

ser Zeitverlust, wenn die neuen Vorstellungen der CDU und der SPD nicht realisiert werden sollten. Abschließend spricht sich Ratsherr Stache für die Durchführung eines Bürgerentscheides aus, da das anstehende Projekt Pinneberg auf Jahrzehnte hin prägen werde. So sei beispielsweise die bei den drei Workshops anwesende Bevölkerung gegenüber einer Verlagerung der Innenstadtmitte überwiegend skeptisch eingestellt gewesen.

Ratsherr Mende spricht sich gegen die momentan betriebene Salamtaktik aus, immer wieder kleinere Teilbeträge für die Realisierung des Projektes zur Verfügung zu stellen, bis der Punkt, die Maßnahme noch stoppen zu können, überschritten sei und die restlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Angezweifelt werden müsse derzeit zudem, ob das Projekt auch tatsächlich förderfähig sei.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 21.06.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/121 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt die Konzeption des Planungsteams Planungsgruppe Elberg/Trüper Gondesen Partner für die Innenstadterweiterung als Grundlage für die weitere Entwicklung und Bauleitplanung im Bereich zwischen Dingstätte, Elmshorner Straße, Friedenstraße und Bismarckstraße.“

Art und Umfang der Neugestaltung des Drosteivorplatzes sollen im Ausschuss Stadtentwicklung vertiefend beraten und entschieden werden.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 18 Ja-Stimmen
bei 9 Nein-Stimmen.

zu 11	Antrag des Vereins Kindertagesstätte Waldstraße e. V. auf befristete Fortsetzung der Elementargruppe am Standort des Schulzentrums Nord (ehemals Georg-Kerschensteiner-Schule)	11/057
-------	---	--------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 24.02.2011 und des Schulausschusses vom 12.04.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/057 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt nach Anhörung der Schulleitung und auf Empfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 24.02.2011 und des Schulausschusses vom 12.04.2011, dem Antrag der Kindertagesstätte Waldstraße e. V. vom 22.01.2011 auf befristete Weiterführung der am Schulstandort des Schulzentrums Nord – Grund- und Regionalschule in Pinneberg – eingerichteten Elementargruppe mit einer täglichen Öffnungszeit von 5 Stunden zuzüglich eines Frühdienstes bis zum 31.07.2014 stattzugeben.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 12 Anwendung des Sozialtarifs auf die Betreuungsgruppen freier Träger; Höchstbemessungsgrenze

11/067

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Schulausschusses vom 12.04.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/067, Alternative 2, unterbreiteten und in der Sitzung des Ausschusses ergänzten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt in Weiterentwicklung ihrer Entscheidung vom 02.06.2005, 01.06.2006, 05.07.2007 und 19.06.2008 den dieser Vorlage beiliegenden Entwurf einer Nachtragsrichtlinie II zur Richtlinie der Stadt Pinneberg über die Anwendung eines Sozialtarifes in den Betreuungsgruppen der Verlässlichen Grundschule mit einer Höchstbemessungsgrenze von 125 € pro Kind und Monat als Richtlinie ab dem Schuljahr 2011/2012. Sie gilt bis zum Ende des Schuljahrs 2014.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 13 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes; Förderung der Mittagessenverpflegung in den Kindertagesstätten

11/146

Ratsherr Hinrichs erläutert als Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren die in dieser Angelegenheit vorliegende, vom Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/146 abweichende Beschlussempfehlung des Fachausschusses vom 16.06.2011. Danach sollen künftig nur noch denjenigen Anspruchsberechtigten einen Zuschuss von 12,00 € monatlich für die Inanspruchnahme des Mittagessens in Pinneberger Kindertagesstätten von der Stadt erhalten, die aufgrund der Kreisrichtlinie bzw. städtischen Sozialstaffel in der Kindergartengebühr aufgrund geringen Einkommensüberhangs bzw. aufgrund der Geschwisterregelung gefördert werden. Geschwisterkinder sollen allerdings nur noch dann gefördert werden, wenn sie bedürftig seien. Auf eine weitere Bezuschussung derjenigen Berechtigten, für die aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes die öffentliche Hand bereits den größten Teil der Kosten für das Mittagessen übernehme, solle hingegen künftig verzichtet werden. Hierdurch werde die Stadt im Jahr 2012 Mittel in Höhe von rd. 34.500,00 € einsparen. Abschließend erklärt Ratsherr Hinrichs, dass die Verwaltung den Kindertagesstättenträgern Hilfe bei der Antragstellung nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz anbieten werde.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 16.06.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/146 unterbreiteten und in der Sitzung des Ausschusses geänderten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Der bislang gewährte städtische Zuschuss in Höhe von 12,--EUR/monatlich zur Mittagungsverpflegung in Kindertagesstätten wird für Anspruchsberechtigte von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie für Geschwisterkinder, sofern diese nicht bedürftig sind, zum Kindergartenjahr 2011/2012 eingestellt.

Die städtische Sozialstaffel ist entsprechend abzuändern.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

Ratsherr Hinrichs erläutert als Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren die in dieser Angelegenheit vorliegende Beschlussempfehlung des Fachausschusses vom 16.06.2011 gemäß dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/151. Danach müsse mit den Änderungen der §§ 15 und 16 der Satzung für die Kindertagesstätte der Stadt Pinneberg künftig in Zusammenhang mit den vom Kreis Pinneberg jeweils bis zum 31.03. eines jeden Jahres bekannt gegebenen und ab dem 01.08. geltenden Teilnahmebeträgen und Gebühren keine bislang übliche Satzungsänderung mehr erfolgen.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 16.06.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/151 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt den der DS-Nr. 11/151 vom 03.06.2011 beiliegenden Entwurf einer Nachtragssatzung XVI. zur Satzung der Kindertagesstätte der Stadt Pinneberg als Satzung.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11.05.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/021 unterbreiteten und in der Sitzung des Ausschusses geänderten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, dass eine Haushaltsunterlage-Bau (HU-Bau) im Sinne von § 12 GemHVO-Doppik auf der Grundlage einer vorherigen Grundsatzentscheidung bei Vorhaben mit einem Gesamtbedarf ab 250.000 € anzufertigen ist. Die Fertigstellung der HU-Bau ist der RVS bei der Haushaltsaufstellung oder bei der Entscheidung über die Aufhebung des Sperrvermerkes anzuzeigen. Mit der Anzeige sind die Kostenberechnungen und Erläuterungen, der Bauzeitenplan und die Folgekostenberechnung nach § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik vorzulegen. Die ebenfalls zu erstellenden Pläne werden in der Verwaltung zur Einsichtnahme ausgelegt und bei Bedarf den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Daneben ist zukünftig in § 4 der Haushaltssatzung der Stadt Pinneberg ein neuer Absatz 4 mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Unter Vorhaben von geringer finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 3 GemHVO-Doppik sind Maßnahmen mit einem Gesamtbedarf unter 250.000 € zu verstehen. Bei diesen Maßnahmen ist mindestens eine Vorentwurfsskizze, eine Kostenberechnung, ein Bauzeitenplan und eine Folgekostenberechnung zu erstellen. Diese Unterlagen sind dem jeweils zuständigen Fachausschuss bei Maßnahmen ab einem Gesamtbedarf von 100.000 € vor Maßnahmebeginn vorzulegen.““

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 20 Ja-Stimmen
bei 7 Nein-Stimmen.

zu 16	Einziehung eines öffentlichen Weges (Flurstück 168, Flur 16, Gemarkung Pinneberg) zwischen Haidberg und Haidloh	11/129
--------------	--	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung vom 21.06.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/129 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, den öffentlichen Weg (Flurstück 168, Flur 16, Gemarkung Pinneberg) zwischen Haidberg und Haidloh einzuziehen und das weitere Verfahren gem. § 8 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) vom 25.11.2003 durchzuführen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 17	Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zwischen der Stadt Pinneberg und dem Kreis Pinneberg zur Bereitstellung der Service-Center-Dienstleistungen der einheitlichen Behördenrufnummer 115 durch das Servicecenter des Kreises Pinneberg	11/125
--------------	---	---------------

Die Vorsitzende weist zunächst darauf hin, dass der Hauptausschuss in dieser Angelegenheit am 08.06.2011 gegenüber der Ratsversammlung keine Beschlussempfehlung ausgesprochen habe. Die Ratsversammlung habe demnach heute über den Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/125 zu befinden.

Ratsherr Lorenz erklärt sodann, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/125 zustimmen werde. Zwar hätten die in dieser Angelegenheit seitens seiner Fraktion bestehenden Bedenken durch das Arbeitsgespräch mit dem Pressesprecher des Kreises Pinneberg im Hauptausschuss am 08.06.2011 nichts vollends ausgeräumt werden können, zumal es sich um eine neue freiwillige Aufgabe handele. Auf der anderen Seite stelle die einheitliche Behördenrufnummer 115 eine gute Serviceleistung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dar, die dazu beitragen werde, die Scheu vor Behörden innerhalb der Bevölkerung abzubauen. Sodann geht Ratsherrn Lorenz auf die im Hauptausschuss am 08.06.2011 abgegebene Erklärung der Verwaltung ein, die mit der einheitlichen Behördenrufnummer verbundenen Vor- und Zuarbeiten mit bereits vorhandenem Personal bewerkstelligen zu wollen. Etwaigen künftigen Anträgen nach neuem zusätzlichem Personal in Zusammenhang mit dieser Aufgabe werde die CDU-Fraktion eine Absage erteilen.

Bürgermeisterin Alheit teilt sodann mit, dass sie nach dem Hauptausschuss am 08.06.2011 bereits eine Anrufzählung veranlasst habe, um die mit der Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer bei der Stadt eintretenden Veränderungen konkret ermitteln zu können.

Ratsfrau Traboldt spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage DS-Nr. 11/125 aus. Nicht nur die Bevölkerung werde von der einheitlichen Behördenrufnummer dadurch profitieren, durch die Servicecenter schnell zu kompetenten Ansprechpartnern weitergeleitet zu werden. Auch die Behörden würden einen wirtschaftlichen Vorteil erlangen, da wesentlich weniger Arbeitszeit für telefonische Auskünfte und die Vermittlung von Telefongesprächen mit den richtigen Ansprechpartnern verwendet werden müsse.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung sodann aufgrund des Beschlussvorschlages der Verwaltung vom 06.05.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/125 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt, den der Vorlage DS-Nr. 11/125 als Entwurf beigefügten „Öfftl.-rechtl. Vertrag über eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zwischen der Stadt Pinneberg und dem Kreis Pinneberg zur Bereitstellung der Service-Center-Dienstleistungen der einheitlichen Behördenrufnummer 115 durch das Servicecenter des Kreises Pinneberg“ abzuschließen.

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 18	Beratungszuständigkeit des Haushaltes ab dem Haushaltsjahr 2012	11/118
--------------	--	---------------

Ratsherr Hauwetter erläutert als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen die in dieser Angelegenheit vorliegende Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Danach habe sich das Pilotprojekt, den städtischen Haushalt 2011 nur im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu beraten, bewährt. Dieses Verfahren solle daher künftig auch weiterhin angewandt werden.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 14.06.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/118 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan ab dem Haushaltsjahr 2012 nur noch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beraten werden.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 23 Ja-Stimmen
bei 4 Nein-Stimmen.

zu 19	Antrag der GAL & Unabhängigen zur Erstellung des Haushaltsentwurfes 2012	Antrag: 11/143
--------------	---	---------------------------

In der Ratsversammlung besteht auf Vorschlag der Vorsitzenden zunächst Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 19) bis 21) gemeinsam zu erörtern.

Die Vorsitzende weist sodann darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen in seiner Sitzung am 14.06.2011 den zu dieser Angelegenheit vorliegenden Beschlussantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen vom 31.05.2011 abgelehnt habe.

Ratsherr Bührich begründet zunächst die Beschlussanträge der Fraktion der GAL & Unabhängigen zur Erstellung des Haushaltsentwurfes und des Haushaltes 2012 sowie zur Verwendung der Gewerbesteuerereinnahmen. In diesem Zusammenhang wirft er den anderen Fraktionen hinsichtlich einer erfolversprechenden Haushaltskonsolidierung fehlendes wirtschaftliches Denken vor. So sei erst vor kurzem eine Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 02.09.2010, nur noch Vorhaben zu finanzieren, die entweder zwingend notwendig

oder nachweisbar hochrentabel seien, mehrheitlich abgelehnt worden. Auch werde mit unterschiedlichen Maßstäben entschieden: während zum Beispiel im Zusammenhang mit der Schülerbeförderung rd. 4.000 € nicht bewilligt worden seien, sei man an anderer Stelle mehrheitlich bereit gewesen, hinsichtlich der vorgesehenen Innenstadterweiterung rd. das Fünfundzwanzigfache auszugeben. Auch würde oft Beschlüssen mehrheitlich zugestimmt, ohne dass die Verwaltung in den entsprechenden Vorlagen bezüglich der Kosten exakte belastbare Zahlen genannt habe. Abschließend kündigt Ratsherr Bührich an, dass seine Fraktion in nächster Zeit noch weitere Beschlussanträge zur Haushaltskonsolidierung einbringen werde.

Ratsherr Hauwetter führt aus, dass die zu den Punkten 19) bis 21) seitens der Fraktion der GAL & Unabhängigen eingebrachten Beschlussanträge in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen mehrheitlich abgelehnt worden seien, da die darin enthaltenen Vorschläge in der Praxis nicht umgesetzt werden könnten. So sei es Aufgabe der Verwaltung, der Politik als Ergebnis verwaltungsinterner Diskussionen, Ideen aufzugreifen oder zu verwerfen, einen Haushaltsentwurf zur Beratung vorzulegen. Investitionen über 50.000 € grundsätzlich mit einem Sperrvermerk zu versehen, würde zu einer Bürokratie sondergleichen führen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen müsste dann wöchentlich tagen, um Zeitverzögerungen zu vermeiden. Gezielte Sperrvermerke könnten stattdessen besser im Zuge der jeweiligen Haushaltsberatungen beraten und gegebenenfalls beschlossen werden. In einem negativen Haushalt wie bei der Stadt sei es zudem zwangsläufig so, dass zusätzliche Einnahmen an Gewerbesteuer ausschließlich zur Verminderung der Neuverschuldung bzw. zur Reduzierung des Haushaltsdefizits verwendet werden. Hinsichtlich der von Ratsherrn Bührich erwähnten Ablehnung der Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 02.09.2010 sei festzustellen, dass eine Stadt nicht nur zwingend notwendige und hochrentable Maßnahmen durchführen könne. Hier müsse die richtige Balance gefunden werden.

Ratsfrau Kock erklärt, dass die SPD-Fraktion den Beschlussanträgen der Fraktion der GAL & Unabhängigen nicht zustimmen werde. Aufgabe der Verwaltung sei es, der Politik einen möglichst ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Ausführungen über Kosten, die im Entwurf keine Berücksichtigung gefunden haben, würden für die Verwaltung Mehrarbeit bedeuten, jedoch überflüssig und für eine Haushaltsberatung nicht hilfreich seien. Maßnahmen mit sich daran anschließende Investitionen würden in der Regel zunächst in den Fachausschüssen beraten und beschlossen. Die Fachausschüsse könnten dabei auch Sperrvermerke verabschieden, wenn hierzu die Notwendigkeit gesehen würde. Wenn die Stadt im Übrigen aufgrund des Konjunkturaufschwungs ein höheres Gewerbesteueraufkommen erwarten könne, würden die städtischen Ausgaben mit Sicherheit immer noch höher ausfallen als die Einnahmen. Über Tilgungen oder Rücklagen könne erst dann nachgedacht werden, wenn als Ziel beschlossen würde, dass die Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sein dürfen, die Kreditaufnahme prozentual zu kürzen oder die maximale Höhe der Kreditaufnahme festzulegen, und dieses Ziel dann in der Folge auch tatsächlich erreicht werden könnte.

Ratsherr Stache erinnert an den in der Ratsversammlung Ende 2010/Anfang 2011 bestehenden Konsens, bezüglich des Haushaltes 2012 bereits vor der Sommerpause 2011 eine vorbereitete Haushaltsdebatte führen zu wollen. Stattdessen drohe nun wieder einmal die Vorlage eines Haushaltsentwurfes mit anschließender Suche nach Positionen, bei denen Kleinstbeträge gestrichen werden können. Ratsherr Stache geht sodann darauf ein, dass seine Fraktion in der Vergangenheit die Verwaltung bereits einmal dazu auffordern wollte, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen und dabei aufzuzeigen, welche Investitionen dabei nicht mehr zu bewerkstelligen seien, oder zu erklären, dass ein ausgeglichener Haushalt selbst dann nicht erreicht werden könnte, wenn nur die sich aus rechtlichen Verpflichtungen ergebenden Kosten berücksichtigt würden. In Städten mit einem Bürgerhaushalt werde dieses getan. Hinsichtlich der von der Verwaltung angedachten und dann im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigten Maßnahmen müsse es im Übrigen Aufzeichnungen geben. Einen großen Verwaltungsaufwand könne daher deren Verteilung an die Politik nicht bedeuten. Mit der Anbringung von Sperrvermerken bei Investitionen über 50.000 € solle

künftig die Flut von Anträgen in Zusammenhang mit Bauvorhaben, die Ausgaben für die Stadt nach sich ziehen, eingedämmt werden. Höhere Gewerbesteuerereinnahmen als im Haushaltsentwurf geschätzt sollen im Übrigen der Haushaltskonsolidierung dienen und nicht gleich wieder über einen Nachtragshaushalt für neue Maßnahmen ausgegeben werden.

Ratsherr Mende führt aus, dass die FDP-Fraktion den Beschlussanträgen der Fraktion der GAL & Unabhängigen zu den Tagesordnungspunkten 19) bis 21) nicht zustimmen werde. Eine Auflistung der Maßnahmen, die die Verwaltung bereits vor Vorlage des Haushaltsentwurfes von selbst gestrichen habe, sei aus Gründen der Praktikabilität nicht machbar. Höhere Gewerbesteuerereinnahmen würden automatisch zu einer geringeren Neuverschuldung führen. Insoweit müsse über deren Verwendung kein extra Beschluss gefasst werden. Es sei Sache der Fachausschüsse, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Maßnahmen und damit verbundene Investitionen zu beraten.

Ratsherr Bublitz erklärt, dass mit den Haushaltsberatungen erst dann begonnen werden könne, wenn der Haushaltserlass des Landes vorliege. Insofern sei die Stadt nicht frei, über deren Beginn selbst zu entscheiden. Die in den letzten Jahren versuchte Haushaltskonsolidierung sei dadurch behindert worden, dass die Fraktionen dafür eingetreten seien, unterschiedliche Bereiche des Haushaltes von Kürzungen und Streichungen auszunehmen. Im Übrigen gelte noch immer, dass alle Einnahmen des Haushaltes zur Deckung aller Ausgaben dienen. Solange also die Gesamtausgaben höher ausfallen würden wie die Gesamteinnahmen, sei im Falle von erhöhten Gewerbesteuerereinnahmen eine extra Schuldentrückzahlung nicht möglich. Selbst wenn die Stadt nur die gesetzlichen Pflichtaufgaben wahrnehmen würde, könne derzeit kein ausgeglichener Haushalt erreicht werden.

Ratsherr Dreher spricht an, dass eine Diskussion über die Haushaltskonsolidierung in den städtischen Gremien nicht mehr stattfinden, seitdem die CDU- und die SPD-Fraktion gemeinsame Entscheidungen treffen würden. Bezüglich der Aufstellung des Haushaltsentwurfes schade es doch nichts, von der Verwaltung nicht berücksichtigte Überlegungen und deren Denkweise zu erfahren. Wenn hierbei von einer Mehrbelastung der Verwaltung gesprochen werde, gelte dies erst recht für die vorgesehene Innenstadterweiterung. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Innenstadterweiterung wolle seine Fraktion von der CDU- und der SPD-Fraktion wissen, von welchem konkreten Mehrwert diese beiden ausgehen. Die Fraktion der GAL & Unabhängigen gehe hingegen davon aus, dass die vorgesehene Innenstadterweiterung die Verschuldung der Stadt vorantreiben werde. Der für Ende 2013 absehbare städtische Schuldenstand von rd. 120 Mio. € werde sowohl von der CDU als auch von der SPD in Kauf genommen, von seiner Fraktion dagegen nicht. Deshalb versuche sie, andere Alternativen hinsichtlich einer Haushaltskonsolidierung zu entwickeln. Immer nur neue Bauungspläne würden hierzu nicht beitragen, der Stadt sogar nur zusätzliches Geld kosten.

Ratsfrau Traboldt bittet, die ausgiebige inhaltliche Erörterung von zur Entscheidung anstehenden Angelegenheiten künftig wieder vermehrt auf die Fachausschüsse zu beschränken und diese nicht auch noch immer wieder zusätzlich in der Ratsversammlung zu führen. Jetzt bereits eine Haushaltsdebatte zu führen, ohne dass für 2012 bereits ein Haushaltsentwurf vorliegt, halte sie für verfrüht.

Nach Ende der Erörterung lehnt die Ratsversammlung den nachstehend aufgeführten Beschlussantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen vom 31.05.2011 ab:

„Die Verwaltung der Stadt Pinneberg informiert die zuständigen Gremien (also den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen und die Ratsversammlung), welche von den Fachbereichen angedachten Maßnahmen schon im Verlauf der verwaltungsinternen Diskussion keinen Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden haben.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 22 Nein-Stimmen
bei 5 Ja-Stimmen.

zu 20	Antrag der GAL & Unabhängigen zur Erstellung des Haushaltes 2012	Antrag 11/144
--------------	---	--------------------------

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen in seiner Sitzung am 14.06.2011 auch den nachstehend aufgeführten Beschlussantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen vom 31.05.2011 abgelehnt habe:

- „1. Für Investitionen über 50.000 € wird durch die Verwaltung eine Begründung der Notwendigkeit und eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme gegeben. Dies erfolgt zusammen mit dem Entwurf des Haushaltes.
2. Investitionen über 50.000 € werden grundsätzlich mit einem Sperrvermerk versehen. Er kann auf Antrag jederzeit durch den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen aufgehoben werden.“

Die Ratsversammlung lehnt daraufhin den Beschlussantrag ab.

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 22 Nein-Stimmen
bei 5 Ja-Stimmen.

zu 21	Antrag der GAL & Unabhängigen zum Thema Verwendung der Gewerbesteuereinnahmen	Antrag: 11/145
--------------	--	---------------------------

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen in seiner Sitzung am 14.06.2011 auch den nachstehend aufgeführten Beschlussantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen vom 31.05.2011 abgelehnt habe:

„Die möglichen zusätzlichen Einnahmen an Gewerbesteuer durch das Anziehen der Konjunktur werden ausschließlich zur Verminderung der Neuverschuldung bzw. der Reduzierung des Haushaltsdefizits verwendet.“

Die Ratsversammlung lehnt daraufhin den Beschlussantrag ab.

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 22 Nein-Stimmen
bei 5 Ja-Stimmen.

zu 22 Mitteilung

zu 22.1 Entscheidungsverfahren G 8 / G 9; Genehmigung von G 8 11/045/1

Die Genehmigung des achtjährigen Bildungsganges an der Theodor-Heuss-Schule und an der Johannes-Brahms-Schule gemäß Anlage 1 und 2 zur Drucksache Nr. 11/045/1 wird zur Kenntnis genommen.

zu 23 Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011

Gegen die Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 07.04.2011 werden keine Einwendungen erhoben.

zu 24 Mitteilung

zu 24.1 Beteiligungsbericht der Stadt Pinneberg 2011 (Geschäftsjahr 2009) 11/116

Die Ratsversammlung nimmt den der Vorlage DS-Nr. 11/116 als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht der Stadt Pinneberg 2011 (Geschäftsjahr 2009) zur Kenntnis.

Die Vorsitzende schließt darauf um 20.15 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Boenigk
Vorsitzende

gez. Scheer
Protokollführer